



im Stadtrat Chemnitz

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

für die GRÜNEN sind in der Debatte und in der Beschlussfassung über den Haushalt 2015 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2018 folgende zwei Fragen zu betrachten:

1. Wie realistisch ist die heutige Haushaltsaufstellung angesichts des Umstandes, dass wir bis heute keinen Jahresabschluss für den Haushalt ab 2011 haben?

In diesem Zeitraum hat es jedoch Entwicklungen gegeben, die es für eine belastbare Haushaltsplanung unabdingbar machen, über realistische Planansätze bei den Einnahmen und Ausgaben zu verfügen.

Da war zunächst die Umstellung auf die Doppik, die uns ab dem Jahr 2011 in den Planzahlen mit einem enormen Haushaltsdefizit konfrontierte. Diesem Umstand trug der Stadtrat mit der Beschlussfassung zum Entwicklungs- und Konsolidierungskonzept Rechnung. Insgesamt zwei intensive Diskussionsrunden führten letztlich zu einer Beschlussfassung, deren Wirkung mit erheblichen Einschränkungen und Belastungen für die Chemnitzerinnen und Chemnitzer und die Beschäftigten der Stadtverwaltung verbunden war. Auch wir GRÜNE haben Teile des Sparkonzeptes mitgetragen.

Insbesondere zu nennen wäre die restriktive Bewirtschaftung der Personalkosten, die avisierte Straffung von Verwaltungsstrukturen, die Anhebung der Grundsteuer, Einschränkungen bei öffentlichen Leistungen wie bei der Stadtbibliothek, Erhöhung von Gebühren und Eintrittsgeldern und der Abbau sozialer Infrastruktur. Das prognostizierte jahrelange Defizit sorgte weiter dafür, dass die knapper werdenden Eigenmittel für Investitionen in städtische Infrastruktur zu überwiegenden Teilen für die Eigenanteile aus dem Schulhausbauprogramm des Freistaates planerisch gebunden waren.

In Folge haben wir einen Rückstau bei Investitionen im Bereich der verkehrlichen Infrastruktur (einschließlich ÖPNV), der Bildungsinfrastruktur (insbesondere bei Kindertagesstätten) und der kulturellen Infrastruktur (zu nennen an dieser Stelle die Städtischen Theater).

Bereits 2013 zeichnete sich anhand wesentlicher HH-Positionen jedoch deutlich ab, dass sich die finanzielle Situation der Stadt anders darstellt, als in den Planansätzen angenommen. Allein der Umstand, dass wir in erheblichem Umfang Kreditermächtigungen aus Vorjahren nicht in Anspruch genommen haben, zeugt nicht nur von ausgezeichneter Liquidität sondern stellt auch die Frage, ob und in welchem Umfang 2015 tatsächlich eine Neuverschuldung stattfinden muss. Bis heute agieren wir in der Planung mit Zahlen, die nur auf Annahmen beruhen.

Sich ergebende Haushaltsspielräume - nicht nur für das Verteilen, sondern auch im Setzen von Schwerpunkten - konnten so nicht im Rahmen der kommunalpolitischen Debatte im Stadtrat diskutiert werden.

Das ist uns auch mit Blick auf die Erfüllung der übertragenen Pflichtaufgaben wichtig, bei denen es in den letzten Jahren ein Anstieg der Ausgaben zu verzeichnen ist, bzw. sich

mittel- und langfristig abzeichnet. Dazu gehört die menschenwürdigen Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden ebenso wie die Absicherung im Bereich der sozialen Hilfen. (eigene Anträge)

Wir GRÜNE haben diese Unklarheit im HH zu Recht angemahnt und werden das auch heute tun.

Mit Nachdruck fordern wir erneut, den Jahresabschluss 2011 schnellstmöglich vorzulegen und die Arbeit an den weiteren ausstehenden Jahresabschlüssen entsprechend zu beschleunigen.

Darüber hinaus, gehen wir davon aus, dass der Kämmerer sich an die Zusage aus der letzten HH-Debatte hält und den Stadtrat ab diesem Jahr regelmäßig über die Entwicklung der wichtigsten Einnahme und Ausgabepositionen des Haushaltes informiert.

Zu einer zweiten zentralen Frage für uns.

Inwiefern spiegelt der Haushalt wieder, welche Anstrengungen wir unternehmen, um auf wichtigen kommunalen Handlungsfeldern der öffentlichen Daseinsvorsorge Pflichtaufgaben zu erfüllen und auch im freiwilligen Bereich den berechtigten Erwartungen der Chemnitzerinnen und Chemnitzer zu entsprechen?

Wir sagen, dass sich diese Fragen nur ungenügend im HH widerspiegeln.

Nach wie vor haben wir erheblichen Investitions- und Instandhaltungsrückstau bei der kommunalen verkehrlichen Infrastruktur, die 2013 über 150 Millionen Euro betrug - insbesondere Gehwege, Radwege und Brücken stehen immer wieder im Fokus der aus unserer Sicht berechtigten Kritik. (eigene Anträge)

Die kommunalen Kindertagesstätten bräuchten über 30 Millionen Euro, um den aufgelaufenen Rückstau zu beseitigen.

Besonders bitter stößt uns GRÜNEN auf, wie ungenügend der ÖPNV als wesentliches Element der Daseinsvorsorge im Haushalt vorkommt. Die im Rahmen des EKKo erfolgte Streichung der Zuschüsse an die CVAG hat wie erwartet nicht zur Stärkung der Attraktivität des Nahverkehrs beigetragen. Wie die neuesten Fahrgastzahlen zeigen, hält die Abwärtsspirale weiter an, auch als Folge ausgedünnter Angebote, nicht ausreichender Investitionen in das Netz und erhöhter Preise.

Aus GRÜNER Sicht brauchen wir dringend eine Trendwende, die allerdings nicht ohne zusätzliches Geld für die Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV zu haben sein wird.

Hier setzen wir auf das avisierte Verständnis bei den großen Fraktionen, dass im Zuge der Debatte 2015/2016 um den neuen Nahverkehrsplan zunächst die unstrittige Ringbuslinie und die Verlängerung der Taktzeiten einschließlich der erforderlichen Finanzierung kommen müssen.

Mittelfristig brauchen wir eine Debatte um den Ausbau des Straßenbahnnetzes, wie die Verlängerung der Straßenbahn ab Schönau in Richtung Westen und die Erschließung des Chemnitzer Nordens. Wenn diese Entscheidungen nicht bald getroffen werden, wird der Status Quo unseres eigenen Straßenbahnnetzes nur schwer zu halten sein bzw. langfristig nicht überlebensfähig bleiben.

Die im letzten Jahr geführte Debatte um den Tarifvertrag der städtischen Theater Chemnitz hat deutlich gemacht, welche große Kluft zwischen den formulierten Erwartungen an die Leistung der Gesellschaft und der Bereitschaft der Stadt besteht, auch für die angemessenen Voraussetzungen zur Aufgabenerfüllung zu sorgen.

Nach der Zustimmung zum Tarifvertrag steht nun akut die Beschäftigung mit dem Sanierungsrückstau an den Gebäuden und Einrichtungen der Städtischen Theater auf der Tagesordnung. 100.000 Euro für die Sanierung des geschädigten Balkons an der Oper sind ein erster Schritt, weitere müssen folgen.

In der letzten HH-Rede habe ich darauf aufmerksam gemacht, dass es angesichts der aktuellen Steuerprognosen realistisch ist, die Einnahmeposition beim Anteil an der Einkommenssteuer um 450.000 Euro zu erhöhen. Diese Deckung für HH-Anträge im Bereich (z. B. für die Instandsetzung von Gehwegen) wurde mit der Begründung „unseriös“ abgelehnt.

Petra Zais
Stv. Fraktionsvorsitzende